

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 29. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 10. Februar 2015
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18:00 – 21.00

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Jürg Vogt, Präsident Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
 Christoph Morat
 Franziska Pausa
 Franz Vogt
 Robert Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
 Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Philippe Adam, Rolf Adam, Florian Spiegel, Daniela Werren Kienzler

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 17.12.2014, betreffend
Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Allschwil und dem Betriebsverein Spitex Allschwil Binningen Schönenbuch (Spitex ABS)
 Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4217
 2. Bericht des Gemeinderates vom 14.01.2015, betreffend
Stiftung Tagesheime Allschwil, zinsloses Darlehen für Tagesheim Langmatten II
 Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4222
 3. Bericht des Gemeinderates vom 21.01.2015, betreffend
Spitex ABS zinsloses Darlehen für Tagesstätte für Betagte Langmatten II
 Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4223
-

4. Interpellation von Kathrin Gürtler, Jürg Vogt, Rahel Balsiger Sonjic, Markus Gruber und Susan Vogt, FDP-Fraktion, vom 14.04.2014, betreffend **In Sachen Finanzausgleich**
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4188 / A
5. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 18.06.2014, betreffend **Familienergänzende Betreuung mit Famex-Kürzungen**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4199 / A
6. Motion von Matthias Häuptli, Jérôme Mollat und Jaqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion, vom 12.11.2014, betreffend **Transparenz im Stellenplan**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4213
7. Motion von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 12.01.2015, betreffend **Meilensteinplanung für den Lindenplatz**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4224
8. Postulat von Ueli Keller, Grüne Allschwil, vom 03.05.2014, betreffend **günstigere Rahmenbedingungen für Tageskindergärten und Tagesschulen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4189
9. Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 28.09.2014, betreffend **Unternehmerbeiträge für Aufgaben der Gemeinde**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4207

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 28 vom 10. Februar 2015

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Jürg Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Jürg Vogt, Präsident: Ich begrüsse Sie alle sehr herzlich zur Februarsitzung. Es ist die Sitzung vor der Fasnacht, wir können nochmals Gas geben. Wir haben heute und morgen eine Sitzung traktandiert. Im Büro haben wir uns so abgesprochen, dass wir die Traktanden gerne fertig beraten möchten. Wir könnten uns vorstellen, dass wir heute alle Traktanden fertig beraten, aber das sehen wir um 21.00 Uhr, ob wir morgen die Sitzung noch benötigen. Speziell begrüsse ich heute Etienne Winter, er hat den Platz von Frau Hecklin übernommen. Ich wünsche ihm viel Spass und hoffe, er bleibt uns auch so lange erhalten wie sein Vater.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wie Sie bestens wissen, ist seit Sonntagabend, bekannt, dass der Regierungsrat wieder komplett gewählt wurde und auch die Landräte. Ich möchte es nicht unterlassen, im Namen des Gesamtgemeinderates den neu gewählten Landräten, Jürg Vogt, Matthias Häuptli, Pascale Uccella und selbstverständlich dem bisherigen Landrat, sehr herzlich zu gratulieren zu dieser grandiosen Wahl. Aus Sicht der Gemeinde Allschwil ist es ein positives Ergebnis. Von den sieben gewählten Landräten und Landrätinnen stellen wir vier bis fünf, die gleichzeitig Einwohnerrat sind. Den "bis fünf" nenne ich Roman Klauser, der sich häufig im Zuschauerraum aufhält. Das ist ein erfreuliches Resultat, weil wir dadurch Gewähr haben bzw. hoffen wir, dass die Interessen von Allschwil auch nach Liestal getragen werden. Sie machen sich immer wieder Gedanken, von wem Sie gewählt wurden, nämlich von der Allschwiler und Schönenbüchler Bevölkerung, welche ihnen die Stimme gegeben und das Vertrauen ausgesprochen haben. Würde bringt auch Bürde. Von Seiten des Gemeinderates erlauben wir uns, Sie noch näher als nur als Einwohnerräte einzubinden. Das heisst, vielleicht drei bis vier Mal pro Jahr ein Treffen, wo wir Ihnen die Interessenslage der Gemeinde Allschwil noch näher bringen möchten. Wir erlauben uns auch, Ihnen jeweils die Vernehmlassung des Gemeinderates zu den einzelnen Geschäften zu geben. Das ist ganz wichtig, dass unsere Interessenslage nach Liestal geht, und dass Sie nicht, wenn Sie gewählt wurden, nur im Interesse des Kantons handeln. Nehmen Sie sich ein Beispiel an den Laufentalern, das habe ich zumindest gehört, dass sie immer zusammenstehen, wenn es um das Laufental geht. Wenn es Allschwil betrifft, dann hoffe ich sehr auf Ihr Einstehen für Allschwil. Ich wünsche ihnen viel Kraft und Energie, aber auch Herz und Verstand in Ihrem neuen würdevollen Amt. Alles Gute.

Jürg Vogt, Präsident: Ich habe noch folgende Mitteilung. In der Märzsession werden wir das Geschäftsreglement des Einwohnerrates vorbereiten und dies traktandieren. Dieses Geschäft ist schon länger in der Beratung. Wir probieren dies im März zu traktandieren. Es liegt eine Beantwortung da auf eine kleine Anfrage von Bruno Gadola. Ein dringliches Postulat betreffend Information des Einwohnerrates liegt auch vor. Wir beraten zuerst über die Dringlichkeit.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Eigentlich geht es bei diesem Postulat um etwas ganz Einfaches. Wir möchten als Einwohnerrat nicht ratlos sein, wenn wir von Einwohnern in aktueller Gemeindeangelegenheit befragt werden. Wir möchten den Gemeinderat darum bitten, eine Information einzurichten, welche diesem Bedarf entspricht. Die Dringlichkeit ist aus unserer Sicht deshalb wichtig, weil es einige Fragen in den letzten Zeit gab, die gezeigt haben, dass es nicht günstig ist, wenn sich diese Ratlosigkeit wiederholt. Die Dringlichkeit ist auch wichtig, weil wir nicht mit diesem Postulat als Ladenhüter unten auf der Liste stehen möchten, wie dies bei ein paar Vorstössen der Fall ist.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich stelle immer wieder fest, dass die Dringlichkeit Überhand nimmt und geltend gemacht wird für Anliegen, die eigentlich gar nicht dringlich sind. Dieses Postulat darf man einreichen, diskutieren und selbstverständlich auch darüber abstimmen. Das gehört ins ordentliche Verfahren und nicht in ein dringliches Verfahren, die Dringlichkeit sehe ich nicht.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Es wurden Themen angesprochen, wo man den Eindruck bekommen könnte, dass man grad sofort reagieren muss. Der Gemeinderat sagt Ihnen ganz klar, dass dies keine Gründe sind für die Dringlichkeit. Wir haben kein Informationsleck in der Gemeinde Allschwil oder kein zusätzliches Informationsbedürfnis zugunsten des Einwohnerrates, welches wir sofort beschliessen

müssen. Der Gemeinderat ist die Meinung, dass dies maximal im normalen Verfahren behandelt werden kann, aber nicht als dringliches Postulat.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über die Dringlichkeit ab.

://:

Die Dringlichkeit wird grossmehrheitlich nicht gegeben. Somit ist es ein ordentliches Postulat.

Mir liegen keine weiteren Vorstösse vor, wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Die Traktandenliste wurde Ihnen rechtzeitig zugestellt. Gibt es Wortbegehren zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, somit ist die Traktandenliste so genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 17.12.2014, betreffend
Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Allschwil und
dem Betriebsverein Spitex Allschwil Binningen Schönenbuch (Spitex ABS)
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4217

Arnold Julier, Gemeinderat: Mit dem neuen Gesundheitsgesetz, das am 1. Januar 2009 inkraftgesetzt wurde, werden in Baselland die Gemeinden dazu verpflichtet, das öffentliche Spitex-Angebot sicherzustellen. In Paragraph 79 des Gesundheitsgesetzes werden Leistungen definiert, die die Gemeinden anbieten müssen. Die Gemeinden können die Erfüllung dieser Aufgabe mittels einer Leistungsvereinbarung an Dritte übertragen. Unser Alterskonzept basiert auf dem Grundsatz ambulant vor stationär. Ambulante Pflege vor stationärer Pflege und die richtige Leistung zur richtigen Zeit. Die Gemeinde Allschwil kann diese Aufgabe nicht alleine ausführen, sondern ist auf die aktive Mitarbeit von allen Organisationen und Menschen, die sich mit Betreuung und Pflege befassen, angewiesen. Insbesondere auf die öffentliche Spitex mit dem grössten flächendeckenden Angebot im ambulanten Gesundheitsbereich. Sie bieten pflegerische und hauswirtschaftliche Leistungen mit hoher Professionalität an. Qualifiziertes Fachpersonal ermöglicht mit ihren Dienstleistungen das Wohnen und Leben zuhause in der gewohnten Umgebung für Menschen in allen Altersgruppen, welche Hilfe, Pflege, Betreuung, Begleitung oder Beratung brauchen. Die Spitex leistet mit der Hilfe und Pflege zuhause massgeblich einen Teil, um dieses Ziel zu erreichen. Von den Spitex-Leistungen profitieren nicht nur die älteren Menschen in Form des betreuten Wohnens, sondern auch Behinderte und vorübergehend erkrankte oder verunfallte Personen sowie Rekonvaleszente und Betagte. Durch die Neuerungen im Gesundheitswesen mit der Pflegefinanzierung in der Akut- und Übergangspflege und insbesondere mit der neuen Spitalfinanzierung, der Fallkostenpauschale, wo eine Operation und ein Spitalaufenthalt mit einem fixen Betrag festgelegt sind, werden Patienten und Patientinnen früher aus dem Spital entlassen bzw. geschickt. Diese Leute benötigen weiterhin eine Pflege und Betreuung, welche die Spitex bzw. die Gemeinde anbieten muss. Mit dieser Situation ist die Spitex umso mehr gefragt und gefordert. Um diese Herausforderung zu bewältigen, müssen neue Kapazitäten geschaffen werden, welche wir mit dem Zusammenschluss der beiden Spitex-Betriebe erreicht haben. Sie brauchen nur noch eine Geschäftsleitung, eine Buchhaltung, eine Personalvertretung und anderes mehr. Diese Ressourcen-Einsparungen können in Pflege und Hauswirtschaft transferiert und eingesetzt werden. Die Spitex muss einerseits die Kapazität erhöhen und andererseits die Finanzierung im Griff haben. Dieser Zusammenschluss ist eine weitere Umsetzung einer Massnahme aus dem Alterskonzept. Mittel- bis langfristig ist es das Ziel, die Spitex von 0 Uhr bis 24 Uhr an 365 Tagen anzubieten. Dazu braucht es eine gewisse Grösse der Spitex, welche wir mit dem Zusammenschluss am 1.1.2014 erreichen konnten. Mit diesem Zusammenschluss der beiden Spitex-Organisationen Allschwil/Schönenbuch und Binningen ist eine neue Organisation entstanden. Aus den bisherigen Spitexvereinigungen Allschwil/Schönenbuch und Spitexverein Binningen sind zwei Fördervereine und ein Betriebsverein geworden. Die beiden Fördervereine sollen die lokale Verankerung garantieren mit dem Zweck der umfassenden Unterstützung des Betriebsvereins. In Allschwil verbleibt zudem die Liegenschaft des Spitex-Zentrums im Besitz des Fördervereins. Mitglieder des Fördervereins sind Einwohnerinnen und Einwohner der jeweiligen Gemeinden. Der gemeinsame Betriebsverein Spitex Allschwil Binningen Schönenbuch, abgekürzt ABS,

sichert die ambulante Pflegeversorgung und die hauswirtschaftlichen Leistungen als Kerngeschäft, zudem führt er die beiden Tagesstätten in Allschwil und Binningen.

Paragraph 79 des Gesundheitsgesetzes definiert die Spitex-Leistung, welche die Gemeinden anbieten muss. Die Gemeinden sind befugt, die Erfüllung des Auftrags mittels einer Leistungsvereinbarung an Dritte zu übertragen, was unsere Gemeinde mit dem neuen Betriebsverein Spitex Allschwil Binningen Schönenbuch jetzt macht. Auf der Basis von Paragraph 79 des Gesundheitsgesetzes sind in der vorliegenden Leistungsvereinbarung sämtliche Spitex-Dienstleistungen definiert. Alle Veränderungen und gesetzlichen Bestimmungen wurden berücksichtigt, sodass Ihnen eine Leistungsvereinbarung auf dem allerneuesten Stand vorliegt. Neben der Kernvereinbarung bestehen Anhänge, wo alle Dienstleistungsangebote genau aufgeführt sind. Mit dieser Auflistung in den Anhängen kann der Gemeinderat auf die notwendigen Änderungen flexibler reagieren und Anpassungen ohne Teilrevision der Leistungsvereinbarung vornehmen. Zur neuen Version haben wir Ihnen auch die abzulösende Leistungsvereinbarung von 2009 zum Vergleich beigelegt. In der Einwohnerratsvorlage sind die Änderungen in der neuen zur bisherigen Leistungsvereinbarung einander gegenübergestellt, um Ihnen die Arbeit zu erleichtern. Die Gemeinden Binningen und Schönenbuch haben die Leistungsvereinbarung in gemeinderätlicher Kompetenz bereits unterschrieben. Wir haben uns entschieden, diese Leistungsvereinbarung wie auch die vorherigen, dem Einwohnerrat vorzulegen und beantragen Ihnen, diese Leistungsvereinbarung zu genehmigen.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Beratung.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Wir haben die Leistungsvereinbarung in der Fraktion angeschaut. Wir finden sie in Ordnung und werden dem Antrag des Gemeinderates folgen. Ich persönlich habe das mit besonderem Interesse gemacht, weil ich in meiner früheren Tätigkeit als stellvertretender Leiter der Abteilung für Langzeitpflege im Gesundheitsdepartement Basel-Stadt zweimal den Subventionsvertrag mit der Spitex Basel ausgehandelt habe, wo eine Leistungsvereinbarung ein integrierender Bestandteil war. Wir haben noch ein paar Fragen und Anregungen, welche ich im Laufe der Detailberatung einbringen möchte.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Auch wir von der FDP-Fraktion haben dieses Geschäft im Detail diskutiert. Wir begrüßen es sehr, dass der Gemeinderat diese Leistungsvereinbarung in den Einwohnerrat gebracht hat, was nicht in allen Gemeinden so war. Wir finden es richtig und wichtig, dass dieses Geschäft transparent abgehandelt wird. Ein Kritikpunkt von unserer Seite ist die lange Dauer, aber schliesslich ist es nun ja doch im Einwohnerrat. Wir hoffen, dass die versprochenen Vorteile des Zusammenschlusses zum Tragen kommen und dass das Versprechen einer kostenneutralen Umsetzung eingehalten werden kann. Die FDP empfiehlt, dass wir dem Gemeinderat folgen und das Geschäft genehmigen.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion finden die Spitex auch eine gute Sache. Es gibt einen gesetzlichen Auftrag seitens des Kantons und das KVG, dass wir das organisieren und finanzieren. Wir haben ein grosses Fragezeichen zur Finanzierung. Wie im Bericht ausgeführt, ist ein Systemwechsel vorgesehen. Bis jetzt war ein fixer Betrag im Vertrag, neu ist dies nicht mehr so. Ich habe versucht herauszufinden, wie viele Leistungen zu welchen Kosten erbracht werden sollen und was dies unter dem Strich die Gemeinde kostet. Das ist mir nicht gelungen, man findet nichts in dieser Richtung im Vertrag. Es ist kein Mengengerüst festgelegt, es gibt teilweise auch keine festgelegten Preise, ausserhalb des KVG-Bereichs sind die Tarife nicht definiert. Es gibt auch kein Globalbudget, welches im Vertrag festgelegt wird. Im Prinzip gilt, dass wir den Betriebsverein damit beauftragen, die Spitex durchzuführen und die Zahlen nach dem Verteilschlüssel in den Gemeinden verteilt werden. Wenn ich den Ausführungen von Gemeinderat Arnold Julier zuhöre, dann habe ich den Eindruck, dass beabsichtigt wird, Leistungen auszubauen und vielleicht zu professionalisieren. Ich glaube nicht, dass dies bei der Spitex bis jetzt nicht der Fall war. Wir haben uns die Frage gestellt, ob bei diesem Finanzierungsmechanismus etwas wie eine zweite KESB droht. Wir fragen uns, wie es vermieden werden kann, dass die Kosten aus dem Ruder laufen. Dazu hätten wir gerne eine Antwort, damit wir diesem Vertrag zustimmen können.

Arnold Julier, Gemeinderat: Wir hatten in der alten Leistungsvereinbarung einen fixen Betrag von rund CHF 1'500'000. Ich kann Ihnen einen Vergleich der budgetierten Subventionen 2014 zu 2015 zeigen, wenn Ihnen das hilft. Die Spezialisierung ist natürlich nicht so gemeint, dass wir jetzt spezialisieren. Das

Ziel ist, dass wir von 0 bis 24 Uhr an 365 Tagen ein Spitex-Angebot haben. Palliativ-Medizin wurde zum Beispiel auch in die Kernaufgaben genommen, die die Spitex erledigen sollte. Ich weiss nicht, ob man die Zahlen sieht. Das Verhältnis ist nicht allzu gross. Es geht von CHF 1'500'000 auf CHF 1'600'000, das ist auch die Teuerung. Mit den neuen Gesundheitsergänzungen, die Spitalfinanzierung etc., braucht es mehr Einsatz. Das wird auch der Jahresbericht 2014 zeigen, das ist das erste Jahr. Dann können wir Resümee ziehen und schauen, wie das gelaufen ist im 2014. Diese Angaben haben wir jetzt noch nicht. Das ist hier das Budget aufgrund der Budgetierung der Spitex. 500 Wir müssen uns bewusst sein, das steht auch im Alterskonzept, dass wir das Prinzip ambulant vor stationär haben. Wir haben ein Konzept ausgearbeitet, wo der Altersheimenritt erst dann kommt, wenn die ambulante Leistung durch die Spitex nicht mehr gewährleistet werden kann. Da ist die Spitex mehr gefragt.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine Anschlussfrage an Gemeinderat Arnold Julier. Ich habe den Vertrag angeschaut, weil es mich interessiert, was im Bereich Palliativ drin steht. Ich habe nur das Wort Palliativ gefunden in der Leistungsvereinbarung, das sagt so nicht viel aus.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich gehe davon aus, dass in dem Ausdruck alles enthalten ist. Ich weiss nicht, was da noch rein soll, Palliative-Care? Palliativmedizin ist in dieser Aussage umfassend vorhanden.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich kläre das ab und vielleicht komme ich dann mit einem Postulat für die nächste Leistungsvereinbarung.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Bourgnon, Sie haben noch Fragen in der Detailberatung. Wir vom Büro haben gedacht, dass wir die Detailberatung des Berichts machen. Haben Sie zur Leistungsvereinbarung noch speziell eine Frage?

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich habe eine Frage und eine Anregung. Auf Seite 5 bei Punkt 11.2 interessiert es uns, wer entscheiden kann auf welcher Ebene, dass die Aufgaben delegiert werden können. Das steht unter Delegation und Case Management.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das sind die Verantwortlichen der Spitex, die Geschäftsleitung, der Geschäftsführer und die Verantwortlichen, die die Gesamtverantwortung der Pflege haben. Diese müssen das entscheiden, ob sie das extern geben möchten oder nicht. Es geht nur um die Sachen, die sie explizit nicht haben. Die Kinderspitex ist zum Beispiel nicht so aufgestellt, dass man dies in jedem Fall selber machen kann. Wenn wir das nicht reinschreiben, dann wäre es gar nicht möglich, und das ist schwierig. Es gibt Situationen wie jetzt grad, wo viele Menschen krank sind, besonders bei älteren Leuten, das sieht man auch bei mir, da braucht es besondere Pflege. Sie können dann etwas extern geben und müssen nicht extra jemanden anstellen. Sie haben in den Wintermonaten, wenn die grosse Grippewelle ist, mehr zu tun als sonst, und sie müssen das Angebot trotzdem gewährleisten können.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Auf der nächsten Seite gibt es den Punkt 12.4 unter Qualitätssicherung. Da möchten wir anregen zu prüfen, ob man das Beschwerdewesen nicht der neuen Ombudsstelle, die zuerst eingeführt wurde für die Alters- und Pflegeheime, übertragen möchte. In der Stadt hat man damit sehr gute Erfahrungen gemacht, da gibt es Zusammenhänge. Frau Diehl, welche die Ombudsstelle betreut, macht das hoch professionell. Ich hatte mehrmals mit ihr zu tun als Beschwerdeführer für meine Grossmutter, aber auch als ich bei Basel-Stadt gearbeitet habe. Es gab eine Beschwerde über ein Haus, das von der Stadt subventioniert wurde. Das ist eine Anregung von unserer Seite.

Arnold Julier, Gemeinderat: Der Kanton Baselland hat beschlossen, dass Frau Diehl und Herr Dumas in der Stadt Basel, die das dort auch machen, Ombudspersonen sind für die Spitex und Altersheimleistungen. Da kann jederzeit jeder Ombudsmann des Kantons hingehen. Das gilt für den ganzen Kanton, sie können dorthin gehen. Das wurde so vom Regierungsrat bestimmt, dass wir uns der Ombudsstelle von Basel anschliessen. Jede Person, die eine Betreuung von der Spitex hat oder im Altersheim ist, kann jederzeit dorthin gehen. Das muss nicht in der Leistungsvereinbarung stehen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine Frage zur Budgetierung. Ist dieses Budget nur indikativ oder ist das bindend? Was ist, wenn plötzlich gestützt auf die Leistungsvereinbarung eine Kostenverdoppelung entsteht? Müssen wir das dann trotzdem bezahlen? Gibt es ein Frühwarnsystem im Jahr, wo die Gemeinde noch korrigierend eingreifen kann? Oder werden wir das erst nachträglich erfahren?

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich gehe nicht davon aus, dass sich dies so massiv verändern wird. Der Spitex-Vorstand muss ein Budget eingeben und an dieses muss er sich halten. Wenn er dies ausnahmsweise mal nicht kann, was ich nicht annehme, dann müsste dies natürlich den Gemeinden gemeldet werden. Von den Gemeinden ist ein Vertreter im Vorstand. Wir erhalten jedes Quartal eine Abrechnung und einen Plan über die Ausgaben im Verhältnis zum Budget. Dort sehen wir, wenn dies über- oder unterschritten wird oder ob es im richtigen Rahmen ist. Da können wir dann sofort reagieren.

Jürg Vogt, Präsident: Wird die Detailberatung des Berichts gewünscht? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Der Einwohnerrat genehmigt die Leistungsvereinbarung vom 9.1.2014 zwischen der Einwohnergemeinde Allschwil und dem Betriebsverein Spitex Allschwil Binningen Schönenbuch.

://:

Dieser Antrag wird mit 32 Ja zu 0 Nein bei 4 Enthaltungen angenommen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Danke, dass Sie dem grossmehrheitlich zugestimmt haben. Die Spitex ist eine gute Institution, da kommt man nicht daran vorbei. Sie machen dort sehr gute Arbeit und ich möchte den Leuten, die dies immer erfüllen, bestens für ihre Arbeit, die nicht immer einfach ist, danken. Sie haben sicher auch den Film gesehen "Von heute auf morgen". Dem konnten Sie etwas entnehmen, wie die Situation bei der Spitex ist und was da alles auf die Leute zukommt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 14.01.2015, betreffend
Stiftung Tagesheime Allschwil, zinsloses Darlehen
für Tagesheim Langmatten II
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4222

Arnold Julier, Gemeinderat: Wie wir im Bericht informieren, hat die Stiftung Tagesheim einen Antrag gestellt, dass ein weiteres Tagesheim erstellt wird mit 30 Plätzen in den Langmatten II. Dort ist ein Tagesheim vorgesehen, ein Doppelkindergarten und eine Tagesstätte. Die Stiftung hat den Gemeinderat angefragt, ob sie die Mietzinsgarantie übernehmen würden. Das hat der Gemeinderat abgelehnt. Damit dies nicht allzu teuer wird mit der Miete bzw. mit dem Bezahlen des Ausbaus hat man eine Optimierung des Ausbaus gemacht. Einige Sachen, die vorgesehen waren, wurden gestrichen, am Schluss waren es noch die CHF 440'000. Der Investor, der Vermieter, hat ein Darlehen von CHF 200'000 gegeben, CHF 40'000 hat er grosszügigerweise gesponsert und CHF 100'000 konnte die Stiftung selber geben. Jetzt fehlen noch CHF 100'000, für die der Gemeinderat Ihnen den Antrag stellt, dies als zinsloses Darlehen zu überweisen. Die Gemeinde profitiert auch davon, wenn die Subventionen weniger hoch sind, wenn die Miete nicht so hoch ist. Es gibt eine Laufzeit von zehn Jahren für die Rückzahlung, jährlich CHF 10'000. Dazu kommt, dass die Bundessubvention, Anschubsfinanzierung, zur Gemeinde geht, bis die CHF 100'000 bezahlt sind. Wenn diese Anschubsfinanzierung eintrifft, dann wäre dies in zwei Jahren bereits bezahlt.

Es stellen sich vielleicht einige die Frage, ob wir überhaupt ein neues Tagesheim benötigen. Ich habe hier die Warteliste per Dezember 2014, da sind 120 Kinder, die warten. 16 Kinder brauchen eine 100%-Betreuung, also 136 Kinder sind auf der Warteliste, obwohl wir bereits 223 Plätze haben. Die

Tagesfamilien betreuen 98 Kinder. Aufgrund der Warteliste ist es sinnvoll, wenn wir diese CHF 100'000 geben, damit wir das Tagesheim eröffnen können.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Beratung.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich erlaube mir ein gemeinsames Votum zum Tagesheim und zur Tagesstätte. Wir finden beides grundsätzlich eine gute Sache. Was ich jetzt sage, ist kein Votum gegen ein Tagesheim oder eine Tagesstätte. Wir kaufen hier die Katze im Sack. Wir sprechen Gelder für weitere 30 Kita-Plätze und 20 Plätze in einer Tagesstätte, ohne zu wissen, was uns das in Zukunft kosten wird und was die Folgekosten sind. Wir sehen hier nur die Darlehen, die zurück bezahlt werden, aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Wir werden diese Plätze in Zukunft in Form von Subventionen bezahlen müssen. Wir werden auch hohe Beiträge an die Tagesstätte bezahlen müssen. Wenn wir so einer Vorlage zustimmen, dann möchten wir genau wissen, was die Gesamtkosten und die jährlichen Folgekosten sind. Der Bericht sagt darüber nichts. Er sagt auch nichts über die genaue Leistung, die in Zukunft hier erbracht wird. Darum werden wir den Bericht ablehnen. Wir wünschen uns vom Gemeinderat, dass er den Bericht überarbeitet und uns eine Version gibt, wo wir informiert werden über die gesamten Folgekosten und den genauen Leistungsumfang.

Evelyn Roth, CVP-Fraktion: Das Tagesheim Langmatten II fragt uns an für ein zinsloses Darlehen. Es ist ein Tagesheim mit 30 Vollzeitplätzen in sehr guter Lage, das dort erstellt werden soll. Die Schule ist in der Nähe, der Verkehr ist weit weg, es hat ein Tram und es werden 200 neue Wohnungen auf diesem Areal erstellt. Es ist wichtig, dass wir dieses Darlehen sprechen. Im Jahr 2019 läuft der Vertrag für das Bruckerhaus an der Baslerstrasse aus. Die Warteliste für die Plätze im Tagesheim im Jahr 2016 hat 111 Kinder. Sie sehen, jeder Platz dort wird besetzt sein. Ich bin auch im Stiftungsrat, man hat sich grosse Gedanken gemacht, wo man Kosten sparen kann. Man hat das Darlehen mit dem Vermieter, dem Investor, auf CHF 200'000 festlegen können. Die CHF 40'000 wurden gesponsert. Man hat auch die Eigenmittel angebraucht, CHF 100'000. Für eine Anschubsfinanzierung wird auch Geld gesprochen, das haben wir gehört. Ein Fünftel der Gesamtkosten können gesenkt werden. Man verzichtet auf eine grosse Küche, die dort gebaut werden sollte, damit die Kinder dort verpflegt werden können. Man hat abgeklärt, dass man an der Baslerstrasse oder im Altersheim das Mittagessen zubereiten kann. Es wurde wirklich Einsatz geleistet und man hat geschaut, wo man die Kosten senken konnte. Ich bitte Sie, diesem Antrag auf das Darlehen zuzustimmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ist ein bisschen störend, dass dies nicht mit dem Budget kam. Es wirkt so, man wollte den Puls ein bisschen runter drücken und es in einer ruhigen Zeit machen, vielleicht stimmt ja dann der eine oder andere zu. Wir haben ein klares Zeichen fürs Sparen gesetzt und nicht unnötig Geld auszugeben, auch wenn es ein Darlehen ist. Die Frage ist, gibt es keine andere Möglichkeit. Hat man weiter geschaut, es gibt heute Leute, die würden gerne diese Sachen mitfinanzieren. Man müsste sie einfach anfragen, das gibt es. Ich erinnere mich an die VPK-Sitzung, wo wir mit Herrn Stutz zusammen das Areal, das er jetzt am Bauen ist, besprochen und angeschaut haben. Er hat dort das Votum gegeben, wo es um diese Frage ging, und hat gesagt, dass man auf ihn zukommen soll, wenn es aktuell wird. Wurde das gemacht, wurde darauf eingegangen? Hat er das gemacht, was er an der VPK-Sitzung gesagt hat? Weshalb braucht es dann noch Geld, wenn er alles übernimmt? Es war ein Versprechen da, ich darf davon ausgehen, dass dies auch eingehalten wird. Das ist störend. Das mit der Küche ist sowieso modern, man geht heute das Essen in Zürich holen, ist ökologisch sehr sinnvoll, und führt es durch die halbe Schweiz. Wir haben die Artikel darüber gelesen. Ich persönlich finde das schade, so kann man den Kindern lernen, wie man sich anständig ernährt, wenn man zusammen kocht. Dies möchte ich nebenbei erwähnen. Im Grossen und Ganzen kann ich Herrn Mollat folgen, wir sind auch nicht dafür, dass wir das so unterstützen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir von der SP möchten diesem Antrag zustimmen. Beim Budget wäre es falsch gewesen, dies abzulehnen und es wäre auch heute falsch, dies abzulehnen. Das Risiko, wenn die Stiftung Tagesheim dies vollumfänglich selber finanziert, ist zu gross. Das Risiko mit einem Darlehen von uns ist tragbar. Es wäre Zeichen eines guten Private Public Partnership.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion sind auch der Meinung, dass dieses Darlehen gerechtfertigt ist. Wir möchten das wie folgt begründen. Der Bedarf ist gegeben, das zeigen die

Zahlen, dass zusätzlich ein Tagesheim gebaut wird. Es ist ein Grundausbau, der Nutzer bringt den auf ihn zugeschnittenen Ausbau mit und finanziert es selber. Drittens ist es ein Darlehen. Man hört heute in der Presse, wie viel das Geld, das auf der Bank liegt, bringt, nämlich gar nichts, bald müssen wir dafür noch bezahlen. Darum ist es gut, wenn wir das Geld als Darlehen geben können und damit gearbeitet wird. Wir erhalten es in einem klar definierten Zeitraum wieder zurück. Wir von der FDP werden dem zustimmen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen, obwohl sie zwei Schlagseiten hat. Das eine ist die Warteliste, ein paar 100 Meter daneben, haben die Kinder ein Recht innerhalb von drei Monaten einen Platz zu erhalten. Ich finde das unhaltbar, dass wir so eine Warteliste in Allschwil und in Baselland üblicherweise haben. Der Vorbehalt, den die GLP/BDP-Fraktion formuliert hat, ist das Zweite, dass es kein Gesamtpaket ist. Wir werden diesem Antrag aber trotzdem zustimmen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wahrscheinlich wird Gemeinderat Julier zu diesen Fragen bezüglich Gesamtkosten und Folgekosten noch Stellung nehmen?

Arnold Julier, Gemeinderat: Warum nicht beim Budget. Das war schwierig, weil es lange Verhandlungen gab. Es war finanziell im ersten Moment sehr schwierig, dies überhaupt zu machen. Man hat mit Herrn Stutz mehrere Verhandlungen gemacht, um eine Einigung zu finden. Am Schluss wurde es redimensioniert und man hat ein paar Sachen gestrichen wie zum Beispiel die Küche. Dies hat es ermöglicht, dass es im Ganzen nicht allzu teuer wird. Herr Keller hat es gesagt, wir haben eine grosse Warteliste, das ist nicht richtig. Simon Zimmermann findet es unnötig Geld ausgeben. Das sind die unterschiedlichen Auffassungen, die man haben kann.

Ende 2019 läuft der Vertrag mit dem Bruckerhaus aus, dann haben wir ein Tagesheim weniger. Die Warteliste wird dann noch grösser als heute. Wir möchten auch dem vorbeugen und schauen, dass wir genügend Plätze haben. Ich habe mir die Zahlen der Subventionen geben lassen vom Jahr 2014, das sind provisorische Zahlen. Es braucht noch eine Abrechnung der Stiftung Tagesheim. Kann man das auflegen? Wir haben im 2014, das sind provisorische Zahlen, die werden sich sicher noch verändern vermutlich nach unten, CHF 2'676'899, so viel wurde für das Tagesheim und die Tagesfamilien subventioniert. Nicht dabei sind die schulergänzenden Subventionen und das neue Tagesheim, das wir jetzt aufmachen. Ich gehe von einer Grössenordnung im Jahr von rund CHF 500'000 bis CHF 600'000 aus für die Subvention im neuen Tagesheim. Wenn die Stiftung das Tagesheim nicht macht, dann kommt allenfalls ein Privater und macht das, dann haben wir die Kosten genau gleich. Die Kosten für die Subventionen wären die gleichen, auch wenn es nicht die Stiftung macht. Mehrheitlich haben wir Plätze von privaten Firmen und Tagesheimen, die diese Plätze anbieten. Wenn die Stiftung es nicht macht, dann macht es jemand anders und wir haben die gleichen Subventionen. Aber wir haben dann weniger Kontrolle. In der Stiftung sind wir vertreten, sehen was läuft und können mitbestimmen, aber bei den Privaten nicht.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: In diesem Fall muss ich davon ausgehen, dass Herr Stutz sein Wort nicht so gehalten hat, wie er das an der VPK-Sitzung kommuniziert hat, ansonsten wären wir heute nicht bei diesem Betrag. Ist das richtig?

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich war nicht an der VPK-Sitzung und habe Herrn Stutz nicht gefragt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: In diesem Fall hat er sein Wort nicht gehalten, denn er hat davon gesprochen, dass er die Gesamtkosten übernehmen wird. Die Gesamtkosten werden von ihm nicht getragen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Es geht um den Ausbau. Herr Stutz hat CHF 40'000 gesponsert und ein Darlehen von CHF 200'000 gegeben.

Jürg Vogt, Präsident: Ich glaube, diese Diskussion ist nicht ratswürdig. Wir haben Antworten erhalten, ich möchte Ihnen beliebt machen, diese Diskussion später weiterzuführen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich denke, die Diskussion ist müssig. Wir haben intensiv mit Herrn Stutz über dieses Thema diskutiert. Nicht nur Herr Julier, ich oder Christoph Morat, wir hatten verschiedene Diskussionen mit Herrn Stutz. Das, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist das Ergebnis. Sie können sich selber überlegen, was er eingehalten hat und was nicht. Ich selber weiss es nicht, aber ich weiss, dass dies hier das Ergebnis ist und darüber müssen wir jetzt abstimmen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine Frage. Wer ist im Stiftungsrat dort?

Arnold Julier, Gemeinderat: Evelyn Roth, Franziska Pausa, Doris Weiss, Gabi Huschke, Frank Rickenbacher, das sind glaub alle. Eine Person fehlt, die suchen wir. Und ich selber bin auch im Stiftungsrat. Andi Gisske ist auch noch drin.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Wer führt das Tagesheim? Ist das bereits bekannt?

Arnold Julier, Gemeinderat: Die Stiftung führt das Tagesheim, Geschäftsführer ist Peter Kury, er ist auch verantwortlich für die anderen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Korrekterweise, ich war noch dran und ich konnte nicht mehr das fragen, was ich wollte. Wir müssen korrekt bleiben bitte. Ich möchte noch gerne von Herrn Julier wissen, ob man andere Modelle geprüft hat. Es gibt sehr grosse Firmen in Allschwil, die auch mal Versprechen abgegeben haben, die bei sowas dabei wären.

Arnold Julier, Gemeinderat: Meinst du, ob wir sie fragen, dass sie uns ein Darlehen geben oder dass sie selber ein Tagesheim anbieten? Es gibt Actelino, das gehört denen und ist unabhängig. Andere Firmen haben sich bis jetzt nicht aufgedrängt, dass sie für ihre Firma ein Tagesheim machen möchten. Wir haben auch schon grössere Firmen darauf angesprochen, ob dies nicht etwas wäre für ihre Firma, weil sie auch davon profitieren. Das wurde schon gemacht, aber der Erfolg war klein mit Ausnahme von Actelion.

Roland Naef, fraktionslos: Wenn ich es richtig verstehe, dann ist das Darlehen für den Mieterausbau. Wenn der Eigentümer, Herr Stutz mit Namen, den Mieterausbau selber gemacht hat, dann hätte er sein Versprechen eingehalten, aber der Mietzins wäre dadurch höher. Das Versprechen wurde eigentlich eingehalten, indem man auf den Mieterausbau verzichtet hat und dafür billiger ausbauen kann und einen tieferen Mietzins hat.

Jürg Vogt, Präsident: Wird eine Detailberatung des Berichts gewünscht? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zu den Anträgen des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Dem Nachtragskredit zum Budget 2015 für ein rückzahlbares, zinsloses und zweckgebundenes Darlehen von CHF 100'000 an die Stiftung Tagesheime Allschwil wird zugestimmt.

://:

Diesem Antrag wird mit 30 Ja zu 3 Nein sowie 3 Enthaltungen zugestimmt.

2. Der Gemeinderat wird beauftragt und ermächtigt, unter Berücksichtigung der genannten Prämissen einen entsprechenden Darlehensvertrag mit der Stiftung Tagesheime Allschwil abzuschliessen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 21.01.2015, betreffend
Spitex ABS zinsloses Darlehen für Tagesstätte für Betagte Langmatten II
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4223

Arnold Julier, Gemeinderat: Es geht um das Gleiche wie vorhin beim Tagesheim. Wir brauchen eine neue Tagesstätte für die älteren Leute. Es gibt die mit 20 Plätzen in Langmatten II. Für den Ausbau möchten wir dies auch selber machen, Roland Naef hat dies als Fachmann vorhin gut gesagt. Hier geht es um dasselbe, ein höherer Betrag von CHF 400'000. Wir brauchen eine andere Tagesstätte. Bei der, die wir jetzt haben, gibt es allenfalls Veränderungen und im Alterskonzept ist festgelegt, dass wir von 15 auf 20 Tagesstätteplätze ausbauen müssen. Mit dieser Zunahme in der Tagesstätte sind die sanitären Gegebenheiten nicht entsprechend. Teilweise sind 18 Personen drin, also überlastet, und entsprechend sind die sanitären Anlagen zu wenig. Es hat zum Beispiel nur zwei Toiletten für die älteren Leute. Es ist wichtig, dass wir Tagesstätten haben. Ohne Tagesstätte können wir nicht sein. Mit der Leistungsvereinbarung haben wir die Spitex ABS dazu verpflichtet, dass sie in Allschwil eine Tagesstätte führen. Ambulant vor stationär, das ist ein wichtiger Teil. Leute, die ihre Verwandten, Nachbarn oder Bekannten selber pflegen, müssen zwischendrin Pause machen können und die Leute in die Tagesstätte bringen können, wo sie gut betreut und beschäftigt werden. Ich bitte Sie, den CHF 400'000 zuzustimmen. Es ist eine Massnahme aus dem Alterskonzept, welche umgesetzt wird.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen somit zur Beratung.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Danke Roland Naef, diese Antwort hätte ich mir von den Gemeinderäten gewünscht, das war klärend.

Jürg Vogt, Präsident: Wünscht jemand die Detailberatung des Berichts? Das ist nicht der Fall, wir kommen somit zur Abstimmung.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Dem Nachtragskredit zum Budget 2015 für ein rückzahlbares, zinsloses und zweckgebundenes Darlehen von CHF 400'000 an die Spitex ABS wird zugestimmt.

://:

Diesem Antrag wird mit 27 Ja und 4 Nein sowie 5 Enthaltungen zugestimmt.

2. Der Gemeinderat wird beauftragt und ermächtigt, einen entsprechenden Darlehensvertrag mit der Spitex ABS abzuschliessen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich möchte Ihnen im Namen der Kinder, die warten, und im Namen der älteren Leute, die mehr Platz haben in der Tagesstätte, herzlich danken.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Kathrin Gürtler, Jürg Vogt, Rahel Balsiger Sonjic, Markus Gruber und Susan Vogt, FDP-Fraktion, vom 14.04.2014, betreffend In Sachen Finanzausgleich
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt, Geschäft 4188 / A

Franz Vogt, Gemeinderat: Sie haben die schriftliche Antwort auf die Interpellation in Sachen Finanzausgleich vor sich liegen. Ich möchte dies trotzdem noch mündlich durchgehen. Wir und Jo Hammel war es wichtig, dass wir den Finanzausgleich detailliert erklären, damit Sie über etwas verfügen, wo Sie später auch nachschauen können.

Frage 1. Der Finanzausgleich ist nicht gestiegen, aber konstant hoch. Der Finanzausgleich Baselland besteht aus vier Bestandteilen. Der horizontale Ausgleich, die Zusatzbeiträge, Sonderlastabgeltungen und Einzelbeiträge. Diese spielen eine untergeordnete Rolle, darum gehe ich auf diese nicht weiter ein. Einer der wichtigsten Begriffe im Baselbieter Finanzausgleich ist die Steuerkraft. Der horizontale Ausgleich stellt den grössten Posten dar, dieser wird mit der Steuerkraft berechnet. Der durchschnittliche Steuerertrag pro Kopf einer Gemeinde wird auf Basis des durchschnittlichen kantonalen Steuersatzes berechnet. Im Jahr 2013 lag dieser bei 54,5%. Der horizontale Ausgleich ist somit unabhängig vom tatsächlichen Steuerfuss einer Gemeinde. Als nächstes wird das Ausgleichsniveau berechnet. Dieses liegt bei 93,5% der durchschnittlichen Steuerkraft pro Kopf von allen Gemeinden. Die Gemeinden, die darunter liegen, sind Empfängergemeinden. Gemeinden, die darüber liegen, sind Gebergemeinden. Die Empfängergemeinden werden auf das Niveau aufgefüllt, wie Sie auf dieser Grafik sehen. Die Mittel dazu kommen ausschliesslich von den Gebergemeinden, es ist eine horizontale Verteilung. Diese geben maximal 17% ihrer Steuerkraft in den Finanzausgleich. Mit dieser Regelung wären die Gebergemeinden, die nur knapp über dem Ausgleichsniveau liegen, sogar schlechter gestellt als die Empfängergemeinden, darum wurde die 80%-Regel eingeführt. Es müssen 17% der Steuerkraft, aber maximal 80% vom Ressourcenvorteil abgegeben werden. Allschwil ist so eine 80% Gemeinde. Die Zusatzbeiträge wurden im Sinne eines Härteausgleichs geschaffen. 36 Gemeinden mit der tiefsten Steuerkraft erhalten Zusatzbeiträge, sie sind nicht befristet. Die finanzschwächsten Gemeinden verfügen somit über eine höhere Finanzausstattung als die anderen Empfängergemeinden und sogar als einzelne Gebergemeinden.

Sonderlastabgeltung. Gemeinden, die in den Bereichen Bildung oder Soziales eine hohe Belastung zu tragen haben oder einen hohen Anteil an Nicht-Siedlungsfläche pro Einwohner haben, erhalten eine Sonderlastabgeltung. Um sicherzustellen, dass die Gemeinden diese Lasten nicht beeinflussen können, werden nicht die tatsächlichen Ausgaben berechnet, sondern die Höhe des Betrags wird über sogenannte Indikatoren festgelegt. Bei der Sonderlastabgeltung Sozialhilfe sind dies unter anderem Arbeitslosigkeit, Wohneigentumsquote, Anteil Ausländer von ausserhalb der EU etc. Finanziert werden diese Sonderlastabgeltungen ausschliesslich vertikal, also durch den Kanton.

Stärken und Schwächen des Baselbieter Finanzausgleichs. Stärken sind eine klare Trennung zwischen Ressourcen- und Lastenausgleich, die Berechnungsmethode der Steuerkraft, kein Kostenausgleich, keine Beeinflussung der Faktoren durch die Gemeinden. Schwächen sind die Grenzabschöpfung und damit das Umverteilungsvolumen, diese sind zu hoch, Zusatzbeiträge bergen Fehlanreize. Das Ausgleichsniveau steigt automatisch, wenn es den Gebergemeinden besser geht, ohne dass dadurch der Bedarf in den Empfängergemeinden gestiegen ist. Die Gemeinde Allschwil hat zusammen mit 9 weiteren Gebergemeinden eine Gemeindeinitiative zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes eingereicht. Dies hat dazu geführt, dass die Regierung eine Landratsvorlage zur Änderung des Finanzhaushaltsgesetz und der Finanzausgleichsverordnung ausgearbeitet hat. Die wichtigsten Punkte darin sind: Zusatzbeiträge werden abgeschafft. Das Ausgleichsniveau wird vom Regierungsrat für jeweils drei Jahre festgelegt. Der Grenzabschöpfungssatz wird auf 60% reduziert. Der maximale Abschöpfungssatz wird auf 15% festgelegt. Der Gemeinderat befürwortet die Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes und der Finanzausgleichsverordnung. Wir haben zusammen mit den Initiativgemeinden eine entsprechende Stellungnahme abgegeben, wo wir die Revision des Finanzausgleichsgesetzes grundsätzlich befürworten. Über die vorgeschlagene Entlastung der Gebergemeinden zeigen wir uns enttäuscht, da die angestrebte Steigerung der Standortattraktivität nicht überzeugend erreicht wird. Da es sich um einen

gemeinsam ausgehandelten Kompromiss zwischen Geber- und Empfängergemeinden handelt, sind die Initiativgemeinden trotzdem bereit dem Kompromiss im Sinne eines Minimalvorschlages zuzustimmen. Falls der Landrat der Vorlage ohne Veränderung zu Ungunsten der Gebergemeinden zustimmt, sind diese bereit den Rückzug der Gemeindeinitiative Finanzausgleich vorzubereiten. In der nächsten Einwohnerratssitzung wird der Gemeinderat Sie bitten, ihm Kompetenz zum Rückzug der Gemeindeinitiative zu erteilen.

Als nächstes muss rasch eine neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden angegangen werden. Dazu muss der notwendige Spielraum für die Gemeinden bei der Aufgabenerfüllung geschaffen werden, damit sie diese effizient erfüllen können. Wenn die Übergangsbeiträge, die zur Abfederung der Revision vorgesehen sind, in fünf Jahren auslaufen, müssen die entsprechenden Instrumente zur Verfügung stehen.

Jürg Vogt, Präsident: Ich danke Gemeinderat Vogt für diese interessanten Ausführungen. Wie Sie wissen, ist dies für die Gemeinde Allschwil ein sehr hoher Betrag. Es ist für die Gemeinde Allschwil ein wichtiges Thema. Ich frage die Interpellanten an, ob sie die Diskussion wünschen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Wir von der FDP verdanken diesen ausführlich informativen Bericht. Wir möchten die Diskussion gerne eröffnen und hoffen auf Voten von unseren Mitparteien. Grundsätzlich habe ich noch ein paar Fragen. Gehen wir das abschnittsweise durch und dann kann man Fragen stellen? Oder wie machen wir das?

Jürg Vogt, Präsident: Für eine Diskussion brauchen wir das einfache Mehr.

://:

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 20 Ja zu 13 Nein sowie 3 Enthaltungen zugestimmt.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Problematisch scheinen die Zusatzbeiträge zu sein. Ich habe gesehen, dass man in Artikel 2 diese bisher für den Härteausgleich hatte. Neu werden die Gebergemeinden diese abschaffen. Jetzt gibt es eine Übergangszeit als Abfederung, wo sie aus dem Ausgleichsfonds Geld erhalten. Ich nehme an, diesen äufnen auch wieder die Gebergemeinden. Wenn die Nehmergemeinden nach drei Jahren keine Zusatzbeiträge mehr erhalten und sie es nicht schaffen, klar zu kommen, was stehen dann für Überlegungen im Raum? Welche Unterstützung erhalten die Nehmergemeinden, damit sie finanziell besser zurechtkommen? Wenn sich der Gemeinderat dafür einsetzt, dass im Sinne von Allschwil weniger ausbezahlt wird - es geht um fast CHF 1'600'000, die wir weniger bezahlen müssen -, welche Gedanken gibt es dazu, dass es keinen Grabenkrieg zwischen Basel Unterland und Basel Oberland gibt. Das wäre ja dann der Graben, wie man das den Medienmitteilungen entnehmen kann. Das sind meine zwei Hauptfragen.

Franz Vogt, Gemeinderat: Die Zusatzbeiträge wurden hauptsächlich geschaffen, weil die Gemeinden in der Bildung hohe Sonderlasten haben, mit Mehrjahrgangsklassen und kleinen Klassen. Diese Zusatzbeiträge haben sich zu einem echten Ärgernis entwickelt, weil die Grenzabschöpfung bei den Empfängern mit Zusatzbeiträgen weit über 100% lag. In der Landratsvorlage, die ich vorhin erwähnt habe, wird das Beispiel Waldenburg erwähnt. Dort wurde die Steuerkraft der ganzen Gemeinde im 2011 auf 2012 um CHF 200'000 erhöht. Wegen dem Rückgang der Zusatzbeiträge ist sie um CHF 60'000 schlechter gefahren als im 2011. Sie haben eigentlich CHF 200'000 mehr Steuern eingenommen, hatten aber unter dem Strich CHF 60'000. Dies ist eine Illustration der Fehlanreize bei den Zusatzbeiträgen. Die Abschaffung der Zusatzbeiträge soll vor allem auch mit dem Ausbau des Lastenausgleichs Bildung abgedeckt werden. Der bestehende Lastenausgleich wird umgemodelt, es werden andere Indikatoren genommen, bzw. die Indikatoren werden angepasst. Es gibt dann noch einen zusätzlichen Lastenausgleich Bildung, vor allem bei den Gemeinden, die geografisch bedingt Mehrkosten in der Bildung, Mehrjahrgangsklassen und kleinere Klassengrößen oder Schülertransportkosten, haben. Diese erhalten eine zusätzliche Lastenabgeltung. Wie in der Antwort auf die Interpellation ausgeführt, gibt es die Übergangsbeiträge, die über fünf Jahre abgestuft immer weniger werden, bis sie ganz weg sind. Man hat es eigentlich verpasst damals, als man den Finanzausgleich geschaffen hat, diesen Zusatzbeiträgen ein Enddatum zu geben. Die waren eigentlich für eine Übergangszeit gedacht. Da man sie unbefristet gemacht hat, haben sie deutliche Fehlanreize in sich.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich habe privat recherchiert und herausgefunden, dass es im Waldenburger Tal in Bämbele fast keine Schulhäuser gibt. Im besten Fall haben sie einen Kindergarten. Die kleinen Gemeinden, die für Bildung relativ viel Geld erhalten haben, müssen keine Infrastruktur unterhalten, sondern haben ihre Schüler zusammengefasst und ins Tal in die Schule geschickt. Eigentlich haben sie gar nicht so viel Geld gebraucht. Jetzt höre ich, dass sie viel für die Bildung brauchen, aber sie schicken ihre Kinder in die nächste grössere Gemeinde.

Jürg Vogt, Präsident: Frau Balsiger, darf ich Sie unterbrechen. Es gibt noch andere Wortbegehren. Vielleicht ist dies eine Detailfrage, die für Allschwil nicht von so grosser Bedeutung ist, wenn ich das so sagen darf.

Franz Vogt, Gemeinderat: So genau bin ich auch nicht im Bilde, wie es dort oben läuft. Der Fall ist klar. Auch wenn wir unter gewissen Bedingungen Schüler auswärts geben - Eltern können unter gewissen Bedingungen einen Antrag stellen, dass die Kinder auswärts beschult werden und wenn sie gewisse Bedingungen erfüllen, dann können wir gar nicht nein sagen -, gibt es einen fixen Betrag, den die Gemeinde an die andere Gemeinde bezahlt. So wird das dort oben auch sein, allerdings haben sie noch Transportkosten. In den kleineren Gemeinden gibt es unter dem Strich höhere Bildungskosten pro Schüler, das ist klar. Deshalb hat man zur Abfederung dieser Revision einen zusätzlichen Lastenausgleich geschaffen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion möchten zuerst unseren Dank aussprechen für den ausführlichen Bericht und für die Erklärung des Finanzausgleichs. Ich selber habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat dagegen tätig geworden ist, dass es den Nehmergemeinden finanziell besser geht als den Gebergemeinden. Das wurde im letzten Fireko-Bericht zum Finanzplan bemängelt. Der Gemeinderat wurde beauftragt, hier vorstellig zu werden. Dieser Auftrag wurde erfüllt, das nehmen wir mit Freude zur Kenntnis. Ich habe noch kurze Ergänzungsfragen. Das Ganze muss noch durch den Landrat. Mich würde interessieren, ob dazu ein Zeithorizont bekannt ist und wann dann alles in Kraft treten würde.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich meine, behaften Sie mich nicht genau auf diese Daten, dass es circa im Mai in den Landrat kommt. Es wurde von April geredet, wo die Fiko anfängt zu tagen. Die Einführung ist geplant auf den 1.1.2016.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Es ist auch der Moment hier grundsätzlich zu überlegen, weshalb wir überhaupt so ein kompliziertes Konstrukt haben. Es ist spannend, dass die genau gleiche Diskussion auf Bundesebene auch läuft, wobei es dort deutlich härter zu und her geht. Man konnte lesen, dass ein Kanton einen Teil auf ein Sperrkonto überweist, bis eine Änderung gemacht wird. Der Finanzausgleich dient dazu, dass wir in unserem Kanton ungefähr gleiche Bedingungen haben, was die Infrastruktur und weiteres im grösseren Sinne machen können. Es hat viel mit Solidarität zu tun. Eine Solidarität kann man irgendwann auch überstrapazieren, wenn man zum Beispiel schaut, wie es beim Bund auseinander läuft. Da sieht man klar, dass dies uns im Kanton auch drohen könnte. Wichtig ist die Frage, die auch Rahel Balsiger gestellt hat, nämlich was machen wir, damit wir keinen Grabenkrieg haben. Vielleicht muss noch genauer definiert werden, in welcher Bandbreite die Bedingungen überall gleich sein müssen. Damit wir sie langfristig gleich halten können, auch bei der Komplexität der Aufgaben, die auf die Gemeinden zukommen, glaube ich, wird dies so nicht möglich sein.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die Frage, welche aufgeworfen wurden, sind hoch interessant. Da sind wir aber das falsche Parlament, das gehört in den Landrat.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich gebe trotzdem kurz eine Antwort. Es gibt die Konsultativkommission Aufgabenverteilung und Finanzausgleich. Dort wurde hart um diesen Kompromiss gerungen. Es ist ein Kompromiss. Man muss sich vorstellen, dass das Umverteilungsvolumen CHF 10'000'000 höher ist als beim alten Finanzausgleich und CHF 10'000'000 höher als es in der Landratsvorlage stand zum neuen Finanzausgleich. Man hat dort ein Umverteilungsvolumen von CHF 44'000'000 bis CHF 47'000'000 erwartet. Beim ersten Mal waren es CHF 67'000'000. Das hat sich dort eingependelt. Und mit dieser

Revision erwartet man circa CHF 55'000'000 Umverteilungsvolumen. Es ist klar, dass nicht nur wir hohe Kosten haben, das haben die anderen Gemeinden auch. Die Solidarität der Gebergemeinden ist nicht bestritten, auch die Empfängergemeinden mussten einsehen, dass man die Kuh, die man melken möchte, nicht schlachten sollte. Es ist wirklich ein Kompromiss. Wir haben unsere Maximal-Forderungen nicht durchgebracht. Für sie ist das sicher auch nicht einfach, aber man hat jetzt Zeit dies umzusetzen. Ich hoffe sehr, dass dieser ausgewogene Kompromiss im Landrat so durchkommt.

Jürg Vogt, Präsident: Die Diskussion ist erschöpft, wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen wird die Interpellation als erledigt abgeschlossen.

://:

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

PAUSE

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich habe zwei Mitteilungen. Das Erste ist die Thematik Balkon-Verglasung. Sie haben alle gelesen, was in der BAZ stand. Weil ich gehört habe, dass einzelne Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte mehr Informationen haben möchten, komme ich hier diesem Bedürfnis nach. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass er die bestehenden kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Gesetze richtig angewendet hat in diesem Einzelfall betreffend das Baugesuch mit der Balkon-Verglasung. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass das Abwasserreglement korrekt ausgelegt wurde. Wir haben eine Praxis entwickelt zu diesem Reglement, welches alle Einwohner und Einwohnerinnen gleich behandelt. Wenn ein Einwohnerrat oder eine Einwohnerrätin die Meinung hat, dass man das Abwasserreglement entsprechend anpassen muss, dann ist das Ihre Sache und Ihre Aufgabe. Es ist nicht Sache des Gemeinderates, Gesetze zu ändern. Das Gesetz wurde von Ihnen erlassen, dort steht, wie wir vorgehen müssen. Dies als ergänzende Ausführung zu diesem ganzen Thema.

Das Andere betrifft die Sanierung Baslerstrasse. Hier drin wurde beschlossen, dass die Baslerstrasse so saniert werden soll, wie das Projekt uns aufgelegt wurde in Zusammenarbeit mit dem Kanton. Wir haben mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass der Regierungsrat das ganze Projekt nach hinten geschoben hat, nämlich ins Jahr 2019, mit dem Argument, dass das Geld nicht vorhanden ist. Das Argument haben wir damals schon mit grossem Erstaunen zur Kenntnis genommen, weil wir das nicht nachvollziehen können. Wir wissen, dass die Gleise herausgenommen werden müssen, diese müssen ersetzt werden. Wir sind damals davon ausgegangen, dass die Gleissanierung rund CHF 3'000'000 kosten wird in diesem Planungsparameter. Am 14. Januar 2015 hatte die Betriebskommission eine Sitzung, dort haben wir von der BVB erfahren, dass die Kosten dafür nicht CHF 3'000'000 betragen, sondern CHF 5'700'000. Ein grosser Zuwachs an Ausgaben, von denen wir klar der Meinung sind, dass sie unnötig sind. Wir sind dann nochmals vorstellig geworden bei Regierungsrätin Pegoraro und haben sie mit dieser Frage konfrontiert. Wir mussten dort leider zur Kenntnis nehmen, dass solche Investitionen im Regierungsrat einen Begriff haben. Sie heissen nämlich Verlustinvestitionen. Wir nehmen das zur Kenntnis. Wir haben versucht darauf zu drängen, dass man im Gesamtregierungsrat das Thema bespricht, weil wir nach wie vor der Meinung sind, dass man besser das Geld für die ganze Sanierung in die Hand genommen hätte anstatt jetzt so einen grossen Betrag zum Fenster rauszuwerfen. Eine Verlustinvestition ist das für den Gemeinderat nicht. Wir konnten dies leider nicht durchbringen. Sie hat uns versprochen, dass sie das Thema nochmals anschauen und vorantreiben, damit es im Landrat möglichst bald durchkommt. Möglichst bald heisst Frühling 2016. Man hat zwar schon mal von Herbst 2015 gesprochen, aber ich habe mich nicht getraut, dies zu notieren. Wenn irgendwo ein anderes Projekt rausfällt, dann wäre der Kanton bereit, dies zu forcieren und wieder nach vorne zu nehmen. An die Adresse von unseren zukünftigen Landrätinnen und Landräte: Sie wissen, dass wir dieses Projekt gerne nach vorne ziehen würden und vor 2019 realisieren möchten. Es ist ein wichtiges Projekt für Allschwil, damit wir mit dem Hegenheimerweg nicht in Konflikt kommen.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich habe Ihnen das Jubiläumsprogramm auf den Tisch gelegt, dem einen oder andern sollte es bekannt vorkommen. Sie können es nachlesen. Hans-Peter Erzer lässt ausrichten, wer eine CD möchte, darf die gerne auf dem Sekretariat der Musikschule abholen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich möchte Ihnen eine aktuelle Information zum Plakataushang der Gemeinde für den Abstimmungstermin am 8. März geben. Zu diesem Plakataushang haben sich vier Parteien angemeldet. Der Abgabetermin war gestern. Von diesen vier Parteien hat eine Partei die Plakate angeliefert und eine Partei hat uns informiert, dass sie leider nicht liefern können. Zwei Parteien haben ebenfalls nicht geliefert, aber nicht informiert. Von den vier angemeldeten bleibt also eine übrig, und mit einer Partei können wir keinen Plakataushang machen. Die Plakatständer wären zu drei Viertel leer. Mit nur einer Meinung ist keine ausgewogene Meinungsbildung möglich. Wir sind darum gezwungen, den Plakataushang abzusagen. Es tut uns leid für die Partei, die aushängen wollte. Soviel zur Aktualität. Das Ganze hat auch noch einen Hintergrund. Es ist nämlich kein Einzelfall. Praktisch bei jedem Abstimmungstermin passiert es, dass eine oder zwei Parteien nicht anliefern. Der Gemeinderat wird sich darum Gedanken machen, mit welchen Massnahmen wir sicherstellen können, dass das Angebot des gratis Plakataushangs nicht weiter torpediert wird und zu Leerläufen führt und zu Frust für die, die zuverlässig teilnehmen möchten.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 18.06.2014, betreffend
Familienergänzende Betreuung mit Famex-Kürzungen
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4199 / A

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich bedanke mich für den ausführlichen Bericht des Gemeinderates. Er wirft ein paar Fragen auf, die ich diskutabel finde. Ich beantrage die Diskussion.

Arnold Julier, Gemeinderat: Wie Herr Gadola bereits gesagt hat, wir haben eine sehr ausführliche Antwort zusammengestellt auf die Fragen. Beim Thema zinsloses Darlehen konnten Sie noch ein paar Zahlen zur Kenntnis nehmen. Es steht zum vierten oder fünften Mal auf der Traktandenliste. Wenn Sie die jedes Mal gelesen haben, können Sie diese jetzt fast auswendig, dies aber nur nebenbei. Ich lege hier nochmals die Zahlen auf, damit Sie sehen, was wir im Bereich der familienexternen Kinderbetreuung alles machen. Hier kommen die 30 Plätze dazu, wo wir heute die CHF 100'000 bewilligt haben. Gemäss der provisorischen Rechnung haben wir CHF 2'600'000 Subvention an die Tagesheime bezahlt. Wenn man ausrechnet, was das neue Tagesheim kosten wird für ein ganzes Jahr, dann gehe ich von CHF 500'000 bis CHF 600'000 aus. Im 2016 kommen wir somit auf rund CHF 3'000'000 für familienexterne Kinderbetreuung. Wir haben eine Liste zusammengestellt, Allschwil ist dort sehr gut positioniert. Auf 1000 Einwohnern haben wir 11,9 Plätze. Im Kanton liegt der Schnitt bei 4,8. Die nächste Gemeinde, die grössere Zahlen hat, liegt bei 9,6. Wir sind dort führend und jetzt gibt es noch 30 Plätze mehr, dann sind wir noch weiter vorne. Ich hoffe, dass er mit dieser Beantwortung der Interpellation zufrieden ist.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Gadola stellt den Antrag auf Diskussion.

://:

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 21 Ja gegen 10 Nein sowie 5 Enthaltungen zugestimmt.

Herr Gloor hat mir vorhin mitgeteilt, ich soll Ihnen einmal mehr zu bedenken geben, dass Sie das Mikrofon abstellen, wenn Sie fertig sind mit reden. Das Pfeifen kommt daher, wenn mehrere Mikrofone eingeschaltet sind.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Herr Julier, die Zahlen, die Sie vorlegen, sind beeindruckend. Beeindruckend sind auch die Einsparungen, die Sie formuliert haben, von CHF 150'000. Sie sagen, das kann ohne quantitative und qualitative Einbussen passieren. Mich interessiert es, wie das gehen soll.

Arnold Julier, Gemeinderat: Wie gesagt, die Subventionen nehmen zu, wir sind im 2016 bei den CHF 3'000'000. Wir mussten uns Gedanken dazu machen, ob es Einsparmöglichkeiten gibt, daran diskutieren wir schon länger. Kann man den Subventionsschlüssel anpassen, sodass die Benutzerinnen und

Benutzer ein bisschen mehr bezahlen müssen, oder kann man im Betrieb Einsparungen machen. Ganz sicher darf die Qualität nicht darunter leiden. Wir sind am Suchen, wo man allenfalls Einsparungen machen kann. Wir meinen, dass dies möglich ist. Wir bleiben nach wie vor dran und werden im Einwohnerrat dazu Stellung nehmen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Die Kürzungen betreffen sowohl die Subvention für die Eltern als auch die Organisation?

Arnold Julier, Gemeinderat: Zuerst muss man bei der Organisation schauen, ob es Einsparungen gibt ohne Qualitätsverlust. Und dann kann man die Beteiligung der Kunden anschauen, ob sie ein bisschen mehr daran beteiligt sein sollen. Irgendwann sind wir bei CHF 3'000'000, das ist ein hoher Betrag. Wir haben die Leistungsüberprüfung hinter uns. Da gab es einige Sparmassnahmen, die mir auch weh gemacht haben. Aber wir müssen halt hier auch schauen, ob es eine Möglichkeit gibt, Einsparungen zu machen. Die CHF 150'000 sind eine Schätzung, wir wissen den Betrag noch nicht. Wenn man dies auf alle Kunden verteilt, dann ist es für die einzelne Person nicht mehr so viel.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Könnte diese Einsparung auch quantitative Auswirkungen haben?

Arnold Julier, Gemeinderat: Nicht unbedingt, man kann optimieren, ohne dass die Qualität darunter leidet. Mit einer Optimierung kann man trotzdem die Qualität erhalten.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Zu diesem Bericht habe ich eine grundsätzliche kurze Bemerkung und dann möchte ich noch zu einem Detail etwas ausführen. Wenn ich an den Bericht letztes Jahr zur Frühförderung denke, dann finde ich diesen Bericht suboptimal. Bei der Frühförderung hatten wir eine klare Gliederung, was ist das Thema, wie machen es andere und wie sieht die optimale Lösung für Allschwil aus. Wenn man den Bericht einmal von den fünf Mal, die er auf der Traktandenliste war, gelesen hat, dann kommt man nicht so gut draus, weil er nicht so gut strukturiert ist. Eine Bemerkung habe ich zur organisatorischen Unterstellung der Tagesbetreuungsformen. Traditionell ist die Tagesbetreuung, zum Beispiel im Kanton Basel-Stadt, im Justiz- und Sozialdepartement. Früher war die Tagesbetreuung eine Sache für Sozialfälle. Das ist etwas plakativ ausgedrückt, aber es ist so. Im Kanton Basel-Stadt hat man vor zehn oder zwölf Jahren dezidiert gewechselt zum Erziehungsdepartement. Tagesbetreuung wurde immer mehr erkannt als Möglichkeit, Bildungsvoraussetzungen zu verbessern. In Allschwil ist es weder Fisch noch Vogel. Ein Teil ist bei der Abteilung Soziales und Gesundheit. Der andere Teil ist bei der Abteilung Bildung. Ich empfehle, dass man auch in Allschwil die Betreuungsformen einer Abteilung unterstellt, mein Favorit wäre die Bildung. Damit kann man bessere organisatorische Bedingungen schaffen und selbstverständlich auch sparen und die Qualität optimieren. Aus diesem Grund ist die EVP/Grüne-Fraktion nicht für Abschreiben des Berichts.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Es wurde mehrmals gesagt, wir hätten das mit der generellen Leistungsprüfung akzeptiert. Damals haben wir aber lediglich Kenntnis genommen von den Absichten des Gemeinderates bezüglich der verschiedenen Geschäfte in der C-Gruppe. Wir haben nie dieser expliziten Kürzung der Subventionen zugestimmt. Mir stösst es auf, dass es unmöglich ist, dass niemand darunter leidet, wenn Subventionen gestrichen werden. Das geht auf Kosten von finanzschwächeren Familien, die einen Batzen dringend nötig hätten, damit ihre Kinder auch an der Famex-Betreuung teilhaben können. Ich habe es ähnlich wie Ueli empfunden, nämlich dass der Bericht nicht konkret wird bei den Punkten, was wirklich passiert, wenn die Subventionen gestrichen werden. Es wurde sehr viel geschrieben, aber konkrete Aussagen fehlen meines Erachtens.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich habe noch zwei Fragen. Die Ausführungen von Ueli Keller kann ich unterstreichen. Was der Gemeinderat hier theoretisch formuliert, stimmt in der Praxis nicht. Die schulpflichtigen Kinder sind im Bereich BEK, solche, die nicht in der Schule sind, sind im Bereich der SDG. Der Bericht für Frühförderung wurde von der BEK geschrieben, das hätte ja die SDG schreiben sollen. Das stimmt irgendwie nicht, es wäre gut, wenn man die Unterstellungen überdenken würde. Ist die Entscheidung, die der Gemeinderat fällen möchte bezüglich Subjekt- oder Objektfinanzierung bereits gefällt?

Arnold Julier, Gemeinderat: Da ist noch kein Entscheid getroffen worden.

Bruno Gadola: Ist sich der Gemeinderat bewusst, wenn er auf die Subjektfinanzierung wechselt, dass er damit dem Tagesverein sehr grosse Schwierigkeiten bereitet?

Arnold Julier, Gemeinderat: Das glaube ich zum Beispiel nicht. Wenn ich das Vorzeigeobjekt des Kantons Luzern nehme, das der Bund unterstützt hat, das läuft hervorragend. Ich war an einer Fachtagung und die haben gerühmt, wie gut das funktioniert. Ich glaube, das kann schon funktionieren. Diese Frage bezüglich Objekt- und Subjektfinanzierung haben wir noch nicht entschieden. Das wird dann eine Vorlage an den Einwohnerrat sein, wo auch der Subventionsschlüssel ein Thema sein wird.

Roland Naef, fraktionslos: Ich glaube auch nicht, dass man einfach kürzen kann, ohne zu wissen, wo man Geld einsparen möchte. Wenn man das Geld einspart, dann wird es am Schluss an die Substanz gehen und qualitativ etwas verringern. Zuerst soll gesagt werden, wie man das Geld einsparen möchte, wo man kürzen möchte und dann nochmals mit dem Ganzen kommen.

Jürg Vogt, Präsident: Es gibt keine Wortbegehren mehr, die Diskussion ist somit abgeschlossen. Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die Interpellation, Geschäft Nr. 4199, „Familienergänzende Betreuung mit Famex – Kürzungen“ wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Diesem Antrag wird mit 21 Ja gegen 15 Nein zugestimmt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Motion von Matthias Häuptli, Jérôme Mollat und Jaqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion, vom 12.11.2014, betreffend Transparenz im Stellenplan

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4213

Jürg Vogt, Präsident: Der Gemeinderat stellt Antrag auf Entgegennahme.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat ist bereit diese Motion entgegenzunehmen, dies mit folgender Begründung. Transparenz ist für den Gemeinderat ganz wichtig. Nur wenn Transparenz besteht, können Sie sehen, weshalb und warum der Gemeinderat in eine Richtung gehen möchte und dann können Sie dies nachvollziehen. Der Gemeinderat ist auch bereit, die Transparenz noch auszubauen, sofern er dies als sinnvoll erachtet. In diesem Bereich sieht er den Sinn. Transparenz im Stellenplan bringt Ihnen nur etwas, wenn es nicht rückwärts betrachtete Erkenntnisse sind. Es bringt nur etwas, wenn wirklich in der Budgetphase bereits dargelegt wird, wie die Veränderung im Stellenplan aussehen soll. Wenn wir Ihnen einen zusätzlichen Bericht vorlegen Ende Jahr, wo wir aufzeigen, wie sich der Stellenplan verändert hat und weshalb, dann bringt das Ihnen wahrscheinlich nicht so viele neue Erkenntnisse, die Ihnen etwas nützen. Es bringt nur dann etwas, wenn wir in der Budgetphase Ihnen aufzeigen können, wohin möchten wir mit den Stellenbesetzungen gehen und weshalb sehen wir diese Veränderungen. Der Gemeinderat ist bereit, diese Motion entgegenzunehmen, in diesem Sinn, dass wir den Budgetbericht ausweiten. Wir geben Ihnen dort die Informationen, wie der Stellenplan jetzt aussieht, wie er in Zukunft aussehen soll und wie er sich dahin verändert. Der Gemeinderat hat den Stellenplan bis jetzt nicht alleine im Kämmerli an der Baslerstrasse 111 verabschiedet. Wir haben die Personal- und Besoldungskommission, welcher wir den Stellenplan jährlich

vorlegen. Wenn wir neue Stellen schaffen möchten, müssen wir dies dort vorbringen. Nur in Zustimmung der Personal- und Besoldungskommission können wir dies so umsetzen. Mit der Neubesetzung des Hauptabteilungsleiters Zentrale Dienste, Jean-Claude Baumann, haben wir diesbezüglich einen grossen Schritt vorwärts gemacht mit der Stellenplan-Thematik. Der Gemeinderat hat ein Papier vorgelegt erhalten mit jedem Departement, aufgelistet mit dem Jahr 2013 und 2014 sowie den Veränderungen im 2015. Welche Stellen wurden bereits verabschiedet und welche Stellen wurden verabschiedet, aber sind noch nicht besetzt. Alles das haben wir pro Departement aufgelistet erhalten. Im Gemeinderat haben wir dies verabschiedet und sind dann mit diesem grossen Papier an die Personal- und Besoldungskommission gegangen. Dort wurde dies dargestellt und gutgeheissen. Wir erbringen bereits Transparenz, aber es kann sein, das Sie das auch sehen möchte. Der Gemeinderat stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, was wir mit der Personal- und Besoldungskommission machen sollen. Ist die in dieser Funktion noch notwendig oder gibt es dort eine Veränderung und wir sagen, es braucht die dann nicht mehr. Es ist eine gemeinderätliche Kommission, die aus fünf Personen bestückt ist mit einer sogenannten Fachkommission. Der Weg, den wir bis jetzt hatten, ist ein guter, aber vielleicht gibt es Verbesserungen. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion mit dieser Ergänzung, dass wir den Budgetbericht ergänzen und keinen zusätzlichen Bericht Ihnen vorlegen möchten, diese Motion entgegenzunehmen.

Jürg Vogt, Präsident: Der Gemeinderat ist bereit diese Motion entgegenzunehmen. Gibt es einen Gegenantrag dazu? Das ist nicht der Fall, somit erübrigt sich die Abstimmung.

://:

Die Motion ist somit überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 7

Motion von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 12.01.2015, betreffend
Meilensteinplanung für den Lindenplatz
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4224

Jürg Vogt, Präsident: Der Gemeinderat ist für Entgegennahme.

Christoph Morat, Gemeinderat: In dieser Motion fordert Bruno Gadola, dass die Planungen am Lindenplatz nicht ganz einschlafen sollen. Der Gemeinderat ist durchaus auch dieser Meinung, dass wir das Verfahren, welches wir dort angestossen haben, nicht für eine so lange Zeit sistieren sollten. Der Kanton hat einen ziemlich grossen Vorlauf an Planungen. Diese sind bereits seit etlichen Jahren an der Planung der Baslerstrasse und im vergangenen Jahr wurde ein Bauprojekt präsentiert. Es wurde ein Mitwirkungsverfahren organisiert, das ist alles bereits über die Bühne gegangen. Der Landrat wird in Kürze, wie wir das vorhin gehört haben, im Herbst 2015 oder im Frühling 2016, über diesen Kredit abstimmen. Wenn das Projekt tatsächlich nach vorne rutscht, was wir wirklich hoffen, müssen wir parat sein. Wir müssen parat sein, damit wir dann mit dem Kanton zusammen einen Teil der Kosten, die nun entstehen, aufholen können mit Synergieeffekten. Die Synergieeffekten können in der gemeinsamen Planung entstehen, bei den Schnittstellen, bei den verschiedenen Werkleitungsbauten, bei der Infrastruktur der Strasse, Fussgänger- oder Velowege etc. Sie alle kennen das Projekt bestens. Zur Motion kann ich sagen, dass wir im Moment sehr viele Projekte am Laufen haben. In der Hauptabteilung Hochbau und Raumplanung und in der Hauptabteilung Tiefbau sind viele Grossprojekte am Laufen, die Kapazitäten sind nicht vorhanden, um das Projekt in dieser Form, die es jetzt bräuchte, weiter zu betreuen. Man braucht ein gewisses Know-how als externer Berater. Er sollte alle Beteiligten koordinieren, er sollte eine externe Sicht mitbringen. Er sollte in einer Vorauswahl für einen späteren Studienauftrag Vorschläge machen und er sollte dies alles moderieren, protokollieren, Besprechungen abhalten, vergaberechtliche Aspekte in der Gemeinde sammeln und eine gute Vorbereitung leisten, damit wir weiter budgetieren können. Die Ziele sind ein abgestimmter Meilensteinplan, wie geht es am Lindenplatz weiter. Es braucht ein definiertes Verfahren über die Planungen. Es braucht das Festlegen von Rahmenbedingungen. Es braucht allenfalls ein Pflichtenheft für ein eventuelles Planungsteam, den Studienauftrag und es braucht das Festlegen einer Jury bzw. eines Begleitgremiums. Wir können diese

Motion nur entgegennehmen mit dem entsprechenden Betrag. Wir erachten den Betrag von CHF 30'000 als durchaus ausreichend für die Planungen, die in diesem Jahr stattfinden, damit wir dort nicht die Leute enttäuschen, die an diesem Workshop mitgemacht haben und sich engagieren für die Verbesserung des Lindenplatzes. Man würde ein Bottom-up Projekt rapid abstürzen lassen. Ich bitte Sie aus diesem Grund der Motion zuzustimmen.

Jürg Vogt, Präsident: Wie Sie gehört haben, der Gemeinderat nimmt die Motion entgegen. Gibt es einen Gegenantrag?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir möchten die Motion nicht überweisen. Wir haben das in der Budgetdebatte zurückgestellt. Es kommt jetzt sehr zwängerisch rüber. Es wurde beschlossen, dass man es zurückstellt und nicht aufhebt. Es war nur ein Zurückstellen, daran möchten wir festhalten. Man könnte meinen, dass der Gemeinderat etwas verschlafen hat, er hätte dem Kanton das einreichen sollen. Und jetzt probiert man das noch einzureichen in der Hoffnung, man hält an den finanziellen Mitteln des Kantons fest. Das kommt schräg rüber, wir meinen, dass dies nicht der richtige Weg ist. Man sollte akzeptieren, wenn eine Mehrheit gesagt hat, dass man es zurückstellen soll. Es wurde mit einer grossen Mehrheit an der Budgetdebatte beschlossen, nämlich Rückstellung ins Jahr 2018/2019. Wir bitten Sie, zu diesem Wort zu stehen.

Jürg Vogt, Präsident: Haben Sie Ihren Antrag schriftlich Herr Zimmermann?

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion dankt Bruno Gadola sehr, dass er diese Motion eingereicht hat. Wir waren auch für die Dringlichkeit und wir hatten grosse Freude daran, dass der Gemeinderat erste Realisierungsschritte am Lindenplatz in Angriff genommen hat bzw. am Planen ist und weitere konkrete realisierbare Massnahmen ins Auge gefasst hat. Das Problem mit den CHF 30'000. Wir sind frei von Vorwürfen gegenüber dem Gemeinderat oder gegenüber sonst jemandem. Trotzdem möchten wir den Motionär anfragen, ob er die Motion einreicht ohne den Betrag von CHF 30'000. Dann könnten wir dieser Motion diskussionslos zustimmen. Dass wir sparen müssen, das wissen alle, das muss ich nicht erklären. Wir sehen aber auch andere Aspekte, welche wir in die Waagschale werfen möchten. Die Gemeinde hat ein tolles ausgiebiges hochqualifiziertes Freiraumkonzept. Dieses Freiraumkonzept kann viele Grundlagen liefern, die wir auch am Lindenplatz nutzen können. Der Lindenplatz ist ein Teil des Freiraumkonzepts. Es gibt Workshop-Ergebnisse, die sind nicht von Profis, aber von Anwohner-Interessen formuliert, diese kann man auch nutzen. Ich habe von Christoph Morat nun gehört, dass sie am Anschlag sind mit anderen Arbeiten. Ich finde, dass wir aufpassen müssen mit immer mehr Beschäftigung von Externen. Wir haben Hauptabteilungen in diesen zwei Baubereichen mit grossem Know-how. Uns liegt sehr daran, dass wir dieses Know-how nutzen. Wir möchten den Motionär anfragen, ob er die Motion so einreichen kann, ohne dass die CHF 30'000 drin stehen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich möchte etwas Grundsätzliches zur Motion sagen. Wir haben eine über 20-jährige Geschichte des Lindenplatzes. Es kamen immer wieder Anträge und Vorstösse zur Umgestaltung des Lindenplatzes. Es ist nie etwas passiert. Und jetzt ist endlich etwas da und es soll wieder versenkt werden? Das ist ein Torpedieren von sehr viel Engagements von vielen Bürgern, das geht nicht. Neu-Allschwil braucht endlich eine Begegnungszone, welche sie schon lange verdient haben. Neu-Allschwil darf man nicht immer hinten anstellen. Es gab einen wunderbaren Start, die Gemeinde hat sich sehr engagiert, mit externer Moderation. 40 Personen haben sich an einem ganzen Samstag damit befasst. 500 Menschen haben eine Petition unterschrieben, was will man noch mehr. Allschwil kann stolz darauf sein, Bürger haben mit der Verwaltung zusammen etwas erarbeitet. Und das soll nun einfach wieder verschwinden. In vier Jahren weiss niemand mehr etwas davon, das ist ein viel zu langer Zeitraum. Jetzt muss weitergeplant werden. Wir dürfen auch die Leute nicht frustrieren und die Politikverdrossenheit noch mehr steigern. Bitte überweisen Sie diese Motion. Es geht um mehr als um die Umgestaltung dieses Platzes. Es geht um die Motivation dieser Bürgerinnen und Bürger, die sich dafür eingesetzt haben. Zu Ueli Keller möchte ich sagen, dass es Gang und Gäbe ist, dass man externe Kompetenz einkauft. Als Mitglied der Volksschulleitung habe ich viele Projekte geleitet und war immer froh, wenn ich externe Kompetenz haben konnte. Diese Projekte waren qualitativ hochstehend und nachhaltig. Die Gemeinde ist in der Lage, jemanden beizuziehen. Man hat dies gesehen an dem Workshop, wie nützlich das war. .

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion bleiben bei unserer Meinung, welche wir auch bereits in der Budgetdebatte eingebracht haben. Sie wissen, dass Allschwil knappe Finanzen hat. Umso mehr müssen wir schauen, dass wir dieses Geld, das wir investieren, in sinnvolle Projekte einsetzen. Wir nennen das sogenannte Leuchttürme. Für uns ist der Lindenplatz ein ganz guter Leuchtturm, auf welchen wir nicht verzichten möchten. Zudem sind wir beim Lindenplatzprojekt in einem Projekt, das bereits angestossen wurde. Herr Gadola hat es erwähnt, es gab eine Petition und es gab im Herbst diesen Workshop mit der Bevölkerung. Dort haben wir ihre Ideen abgeholt und versprochen, dass es nun losgeht. Wir haben bereits im Dezember gesagt, wenn wir das Ganze jetzt stoppen, dann kann die Bevölkerung kein grosses Vertrauen mehr in uns haben. Die Frage stellt sich, ob wir uns in Allschwil in die Abhängigkeit des Kantons geben möchten, dass er bestimmt, wann wir unsere Projekte umsetzen. Die Baslerstrasse hätte auch in den 90er-Jahren saniert werden sollen. Der Baubeginn hätte mal im 2015 sein sollen. Jetzt ist der Baubeginn 2019. Wer hier weiss, ob dies dann 2019 wirklich der Fall sein wird? Der Kanton ist weiter mit seiner Planung. Er hat eine baufertige Planung in der Schublade, und wir wissen noch nicht, wie wir den Lindenplatz gerne hätten. Es gilt auch zu Bedenken, wenn wir das um drei bis vier Jahre verschieben, dass wir dann wieder von neuem anfangen müssen. Alles, was wir geleistet haben, auch die Resultate des Workshops, haben in vier Jahren zu wenig Gültigkeit. Wir müssen wieder auf Feld 1 anfangen und einen neuen Workshop machen. Es ist davon auszugehen, dass wir in der Zwischenzeit eine Teuerung haben und somit die Kosten höher werden. Mit dieser Motion haben wir eine Lösung, die massiv weniger kostet als das, was im Budget respektive in der Investitionsrechnung war, wo wir hier im Rat gesagt haben, dass es zu hoch ist. Die CHF 30'000 dünken uns vernünftig und wir empfehlen dieses Postulat zu überweisen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die Fireko hat bereits bei der Budgetdebatte im Dezember darauf hingewiesen, dass die Planung nicht gleichzustellen ist mit den Ausführungen der Arbeiten. Die Fireko hat darauf hingewiesen, wenn im Jahr 2019 tatsächlich angefangen wird mit der Baslerstrasse, dann sollten wir mit unseren Plänen für den Lindenplatz bereit sein und nicht dann erst anfangen mit der Planung. Die CVP-Fraktion begrüsst es darum, dass man dies nicht zurückstellt und auf Eis legt, sondern jetzt anfängt mit der Planung am Lindenplatz. Es ist relativ schwierig zu übermitteln, weshalb die Planung CHF 250'000 kosten soll. Meine Vorrednerin hat es erwähnt, da der Motionär auf CHF 30'000 zurückgegangen ist, wird dem Rechnung getragen. Wir unterstützen die Motion und empfehlen sie zur Überweisung.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ist nicht im Sand verlaufen, es wird zurückgestellt. Die Arbeit, die gemacht wurde, wurde hoffentlich protokolliert. Papier ist geduldig, das kann man in die Schublade tun und zu gegebener Zeit wieder hervorholen und dort weitermachen. Wir haben nichts verloren, wir haben lediglich einen leichten Vorsprung, wenn wir dann wieder loslegen. Ich möchte mich dagegen wehren, wenn gesagt wird, dass etwas aufgehoben wurde. Wir haben nichts aufgehoben, wir haben es zurückgestellt, das ist ein wesentlicher Unterschied. Wir respektieren die Meinungen vom Lindenplatz, das nehmen wir vollkommen ernst, darum haben wir es zurückgestellt und nicht aufgehoben. Uns ist es bewusst, dass diese Situation ein Anliegen ist. Aber mit einem leeren Kässeli kann man auch zuhause kein Essen kaufen. So sollte es auch in der Politik sein. Wenn das Kässeli leer ist, dann müssen gewisse Sachen zurückgestellt werden und wir sollten warten, bis das Kässeli wieder voll ist.

Roland Naef, fraktionslos: Kathrin hat sehr schön erklärt, weshalb man diese Motion überweisen soll.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich möchte nochmals einen Satz zur Fraktion der Grünen und dem Wort von Herrn Keller sagen. Wir haben mehrmals gehört, dass sie sehr dafür sind und dass sie es total unterstützen. Aber sie möchten weder Manpower noch finanzielle Ressourcen geben. Ich wäre froh, wenn sie eindeutig Farbe, so wie das die SVP macht, und nicht sagen, dass man dafür ist, aber nichts bezahlen möchte.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen nun zum Antrag der SVP-Fraktion auf Nichtentgegennahme.

://:

Der Antrag auf Nichtentgegennahme wird mit 9 Ja und 26 Nein abgelehnt. Die Motion ist somit überwiesen, der Gemeinderat nimmt sie entgegen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Ueli Keller, Grüne Allschwil, vom 03.05.2014, betreffend
günstigere Rahmenbedingungen für Tageskindergärten und Tagesschulen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4189

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Der Gemeinderat stellt den Antrag auf Nichtentgegennahme mit folgender Begründung. Im Rahmen der generellen Leistungsüberprüfung ist unter anderem als Massnahme in der Gruppe C "Überprüfung der schulergänzenden Tagesstrukturen" aufgeführt. Der Gemeinderat hat dies zum Anlass genommen, der Hauptabteilung Bildung Erziehung Kultur einen umfassenden Projektauftrag mit dem Gesamtziel "Umsetzen eines kosteneffizienten bedarfsorientierten und den modernen pädagogischen Grundsätzen entsprechenden Modells für die schulergänzenden Tagesstrukturen auf Primarstufe" zu erteilen. In diesem Projekt sollen sowohl die Elternbeiträge, die Subventionierungspraxis und der Einbezug einer Konkurrenzanalyse überprüft als auch eine gesamtheitliche Evaluation vom gemeindeeigenen Allschwiler Tagesstrukturmodell inklusive einer Umfrage der Zielgruppe durchgeführt werden. Zusätzlich sind auch eine Analyse der Verpflegungssituation sowie eine Vollkostenerhebung Bestandteil dieses Projekts. Ein entsprechender Bericht wird im Einwohnerrat per Ende 2015 vorgelegt. Ein allfälliges neues Modell soll im Schuljahr 2016/2017 umgesetzt werden. Unter diesem Aspekt generiert die Beantwortung des Postulats keinen Mehrwert. Die Anfrage ist ein Bestandteil des ohnehin geplanten Evaluationsprojekts für die schulergänzenden Tagesstrukturen in Allschwil. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, empfiehlt Ihnen der Gemeinderat dieses Postulat nicht zu überweisen. In unserer Projektarbeit sind wir schon sehr fortgeschritten.

Jürg Vogt, Präsident: Ich danke Frau Pausa für die Ausführungen. Ich möchte den Rat ermahnen, dass es nicht um das Postulat geht, sondern um die Überweisung.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Bezüglich der Tagesbetreuung hat sich in den letzten 15 Jahren ein immenser Wandel vollzogen. Ich nenne nur ein Beispiel. Ich war im 2002 eingeladen, um die Tagesbetreuung Basel-Stadt vorzustellen in einer Konferenz der Erziehungsdirektoren und der Sozialdirektoren. Dort wurde ich bezeichnet als Totengräber der Familien. Tagesbetreuung als Totengräber der Familie. Das ist heute ganz anders. Ein zweites Beispiel zeigt auch, dass es ganz anders ist. Der Kanton Bern ist gut drauf bei der Tagesbetreuung, besser als der Kanton Baselland. Im Berner Grossen Rat gab es auch Bestrebungen runter zu fahren, mehr zu verlangen usw. Dann hat ein Grossrat von Lyss folgendes gesagt, und danach ist es gekippt: Tagesbetreuung ist in Lyss ein wichtiger Standortfaktor als der Steuerfuss. Wir haben hier ein Thema, an dem man dran bleiben muss. Dies die Begründung, weshalb ich das gebracht habe. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie man die Tagesbetreuung ausbauen kann. Dass sie ausgebaut wird, ist nicht mehr bestritten. Wie sie ausgebaut wird, da gibt es viele verschiedene Möglichkeiten. Da greife ich einen Punkt heraus. Man kann die Tagesbetreuung ausbauen, aber sie so teuer machen, dass sie sich die Eltern nicht leisten können. Dann hat man immer genug Plätze. Hinter meinem Postulat steckt dieser Verdacht. Wenn man hier mehr Transparenz herstellen würde mit den zugegebenermassen etwas komplizierten Fragen - heute hätte ich es einfacher geschrieben, es gab ja ein halbes Jahr Zeit -, dann würden wir sehen, dass man auf einem Verhinderungskurs ist mit hohen Elternbeiträgen, mit Beiträgen, die sich nur einen Teil der Eltern leisten können. Das ist ein Aspekt. Ich könnte noch viele andere Aspekte aufzählen, welche mich dazu bewegt haben dieses Postulat einzureichen. Ich verzichte darauf, Ihre Zeit noch mehr zu beanspruchen. Ich bitte Sie trotzdem im Interesse der Weiterentwicklung der Tagesbetreuung, welche ein grosser Standortvorteil ist, der auch viele Vorteile für die Bildung etc. bringt, diese Überprüfung machen zu lassen. Es ist so, wie Frau Pausa das gesagt hat, es hat sich immer weiterentwickelt. Inzwischen bin ich im Gespräch mit der Hauptabteilung, die für die Tagesbetreuung im Schulalltag zuständig ist. Das anerkenne ich zu 100%, dass man sich bemüht. Aber es geht um eine grundlegende Systematik, wie ich sie mir wünschen würde, nämlich was ist das Thema, wie machen es andere und was ist für Allschwil die optimale Lösung.

Jürg Vogt, Präsident: Wie gesagt, es geht nur darum, ob wir das Postulat überweisen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wie bereits erwähnt wurde, dieses Traktandum ist ein halbes Jahr alt, es wurde immer wieder herausgeschoben. Ich vertrete jetzt etwas, weil Florian nicht da ist, von einem Beschluss, den wir damals gefällt haben. Wir möchten Ueli Keller bitten, dies in eine Interpellation umzuwandeln. Dann könnten wir dahinter stehen und würden es überweisen.

Jürg Vogt, Präsident: Eine Interpellation muss nicht überwiesen werden, aber es wäre auch eine Möglichkeit.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Zum Thema den Preis künstlich hochhalten. Beim Tageskindergarten sind zurzeit 40 Kinder auf der Warteliste. Ganz so hoch kann der Preis also nicht sein, das hält sich im Rahmen.

Jürg Vogt, Präsident: Es geht nach wie vor nur um die Überweisung und nicht ums Postulat als solches.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir sind einstimmig nicht für die Überweisung. Es ist eine Evaluation am Laufen und wir möchten keine Doppelspurigkeiten. Wenn dies CHF 30'000 kosten würde, dann wäre es auch zu viel.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Ich bin Nutzer des Tageskindergartens. Der Service, der dort geboten wird, ist aus meiner Sicht sehr gut. Es gibt einen Subventionsschlüssel. Es ist nicht so, dass es zu wenig Kinder hat. Es gibt eine lange Warteliste. Wie der Gemeinderat ausgeführt hat, sollten wir nun dem Gemeinderat eine Chance geben, dies anzuschauen. Es ist am Entwickeln, und aus meiner Sicht auf einem guten Weg. Es ist darum jetzt nicht nötig, dieses Postulat zu überweisen. Ich bin gespannt auf den Bericht des Gemeinderates und empfehle Ihnen, das Postulat nicht zu überweisen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Eine kurze Frage. Wann ist dieser Bericht vorhanden? Selbstverständlich bin ich auch nicht an Doppelspurigkeiten interessiert.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich habe es in meinen Ausführungen gesagt, dass wir den Bericht auf Ende 2015 erwarten und wir hoffen, dass er ein bisschen früher fertig ist.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Dann ziehe ich das Postulat zurück.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 28.09.2014, betreffend Unternehmerbeiträge für Aufgaben der Gemeinde
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4207

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat beantragt Ihnen klar, dieses Postulat nicht zu überweisen. Dies mit einer einfachen Begründung. Mit Litera a, die Erhöhung der Unternehmenssteuer, wird etwas verlangt, was nicht möglich ist. Litera b, zweckgebundene Beiträge, ist nicht zulässig. Betreffend den Steuern ist es so, das ist Ihnen sicher bekannt, dass wir bei Unternehmen Ertragssteuern verlangen können und Kapitalsteuern. Bei beiden Steuern sind wir am oberen Ansatz. Bei der Ertragssteuer verlangen wir 5 Prozent und die Kapitalsteuer liegt bei 2,75 Promille. Wir sind bei beiden Ansätzen am oberen Limit, wir können nicht mehr ausdehnen, aufgrund des kantonalen Rechts ist dies ausgeschlossen. Zweckgebundene Beiträge wären denkbar, wir könnten Kausalabgaben verlangen, das wäre grundsätzlich zulässig. Kausalabgaben sind Geldleistungen, die die Unternehmen als Entgelt

für bestimmte staatliche Gegenleistungen oder für besondere Vorteile bezahlen. Aber für das braucht es einen konkreten Antrag. Eine allgemeine Formulierung, wie hier im Postulat, ist leider nicht zulässig. Es würde an der Gegenleistung oder den besonderen Vorteilen fehlen. Man weiss gar nicht, für was diese zweckgebundenen Beiträge zu bezahlen sind. So offen können wir das nicht verlangen. Darum beantragt Ihnen der Gemeinderat das Postulat nicht zu überweisen. Kreativität ist sicher überall sinnvoll, auch in der Politik. Aber sie hat Grenzen, nämlich dort, wo es nicht machbar oder nicht zulässig ist.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Ich bedanke mich für die Ausführungen. Es mag durchaus sein, dass es nicht zulässig ist, aber es geht uns um die Stossrichtung. Wir haben das gehört bei den Darlehen fürs Tagesheim und für die Tagesstätte, ob sie bereit wären, für Projekte auf freiwilliger Basis ein Darlehen zu sprechen oder einen Beitrag zu geben. In dieser Richtung möchten wir gerne Kreativität sehen. Man kann in Richtung Sponsoring gehen für Belange, die unterfinanziert sind, aber sehr wertvoll für die Gemeinde und für Unternehmen, wenn sie freiwillig sponsern und ein Aushängeschild darstellen würden. Es ist eine Aufforderung in diese Richtung zu gehen für solche Projekte wie familienexterne Betreuung, anstatt dort zu kürzen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Zur Kreativität. Wir haben zu wenig Geld und können uns Sachen, die wichtig wären, nicht leisten. Drei Beispiele. Die ersten vier Mittagstische habe ich in Basel gemacht mit einem Darlehen von CHF 200'000. Als ich von dieser Stelle weg ging, war das Budget CHF 12'000'000 hoch. Tagesferien, das ist ein Betreuungsangebot für die Kinder in der Ferienzeit, CHF 1'000'000 der Christoph Merian-Stiftung. Am Parc des Carrières, da geht es übrigens um Kiesgruben und nicht um Karriere, beteiligt sich die Actelion mit einem namhaften Donatorenbeitrag. Ich bin der Meinung, dass unsere Unternehmen zu wenig Unterstützung leisten. Das möchte ich nicht im Giesskannenprinzip hochschrauben, sondern mit Unternehmen, die wirklich gute Voraussetzungen und grosses Interesse haben, einen Beitrag zu leisten, ins Gespräch kommen. Das ist gemeint mit der Kreativität.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wir haben die Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung. Wir nehmen das dort gerne auf und thematisieren das. Der Gemeinderat läuft aber nicht mit einem Kässeli durch Allschwil, klopft bei den Unternehmern an und bittet um Almosen. Darum hat die Kreativität irgendwo ihre Grenzen. Wenn Einwohnerräte das gerne machen möchten, dann bitte.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es geht nicht darum, da muss ich Ueli Recht geben, dass der Gemeinderat mit dem Kässeli rumläuft. Teilweise sind Türen offen und offene Türen darf man betreten. Ich nenne jetzt keinen Namen mehr, ich möchte keine Werbung machen. Das Unternehmen ist vorhin gefallen, die sind dazu bereit. Ich bin nicht Gemeinderat und sie erwarten vom Gemeinderat, dass er mit etwas kommt. Ein Darlehen wäre auch möglich gewesen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung, ob wir das Postulat überweisen.

://:

Das Postulat wird grossmehrheitlich nicht überwiesen.

Ich wünsche allen eine frohe Fasnacht und danke dem Einwohnerrat, dass wir die Traktandenliste fertig machen konnten. Morgen findet somit keine Sitzung statt.